

Krankenkassen galt immer der Grundsatz: Den kapiere nur zwei Leute. – Einer davon ist gestorben.

Was den Länderfinanzausgleich angeht, so gibt es mehrere, die sich darin auskennen. Sie alle, sowohl die Beamten aus dem bayerischen Finanzministerium als auch die Beamten aus der Bayerischen Staatskanzlei, waren für uns sehr hilfreich. Unsere Beamten waren in den Verhandlungen immer die gefragtesten Gesprächspartner. Bayern hat wieder einmal gezeigt: Wir können es! – Dafür möchte ich unseren Mitarbeitern herzlichen Dank sagen.

(Beifall bei der CSU, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Volkmar Halbleib (SPD): Den Dank an den Finanzminister!)

– Was wollen Sie noch hören?

(Volkmar Halbleib (SPD): Den Dank an den Finanzminister haben Sie vergessen!)

– Markus, auf Aufforderung einen großen Dank an den Bayerischen Finanzminister! Da will ich auch nicht zurückstehen.

(Beifall bei der CSU)

– Ja, so sind wir.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Peter Winter (CSU): Heute könnt ihr wieder etwas von uns lernen! – Dr. Paul Wengert (SPD): Mehr Demut bitte! – Glocke des Präsidenten)

– Herr Wengert, machen Sie sich keine falschen Hoffnungen. Wir werden nach der nächsten Wahl wahrscheinlich auch ein paar Plätze bei Ihnen brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Ich will es Ihnen nur erklären, Herr Halbleib; denn so etwas bekommt Füße, und dann weiß wieder jeder genau, wie es war: Ich glaube, ich habe Markus Söder heute schon im Kabinett gedankt, wenn ich mich recht erinnere. Wenn nicht, dann hole ich es jetzt nach.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich sage aber nur: Macht euch keine falschen Hoffnungen. – Meinem Staatsverständnis wurde in den letzten Tagen jedenfalls entsprochen. Übrigens darf ich dem Parlament auch mitteilen, dass unter Führung der Kanzlerin und von Frau Bundesministerin Nahles jetzt das nächste große Projekt, nämlich die Rentenreform, in Angriff genommen wird. Da stellt sich die Frage, was wir in dieser Legislaturperiode noch leis-

ten können, um die Rentenfrage aus dem Bundestagswahlkampf möglichst herauszuhalten. Ob das gelingt, werden wir sehen. Dabei geht es um mindestens so viel Geld wie bei dem Projekt, über das wir heute sprechen. Deshalb ist es gut, dass sich die Kanzlerin nach den Vereinbarungen über die Länderfinanzausgleichsleistungen entschieden hat, die Verhandlungen über die Rentenreform selbst zu führen und zu moderieren. Damit steigt natürlich die Chance, dass wir uns verständigen, enorm. So geht es jetzt weiter. Macht euch also keine falschen Hoffnungen!

Mein Staatsverständnis ist erfüllt. Mit dem, was wir jetzt gemacht haben, realisieren wir Einheit in Vielfalt. Wir bekennen uns klar zum Föderalismus und gegen den Zentralismus. Wir haben unsere Liebe zu Weiß-Blau, aber auch unsere Treue zu Schwarz-Rot-Gold eingebracht. Das ist unser Auftrag, und den haben wir erfüllt. Für unsere Bevölkerung haben wir einen bleibenden Erfolg erzielt.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, für diesen erfreulichen Bericht. – Ich eröffne die Aussprache. Die Fraktionen haben sich auf eine Gesamtredezeit von 108 Minuten verständigt, die sich wie folgt auf die Fraktionen verteilt: CSU 36 Minuten, SPD 27 Minuten, FREIE WÄHLER UND BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 22,5 Minuten.

Das Wort hat zunächst Herr Kollege Rinderspacher von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

**Markus Rinderspacher (SPD):** Verehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst den würdigenden Worten von Vizepräsident Bocklet anschließen und Barbara Stamm zu Ihrem 40-jährigen Bühnenjubiläum im Bayerischen Landtag sehr herzlich gratulieren.

(Allgemeiner Beifall – Volkmar Halbleib (SPD): Eine schöne Bühne!)

Frau Stamm, wir danken Ihnen für die gute Zusammenarbeit. Wir danken Ihnen für die heutige Einladung, und wir wünschen Ihnen als unserer Parlamentspräsidentin weiterhin gute Nerven, viel Energie in der Zusammenarbeit mit den Abgeordneten und den Fraktionen, Gesundheit, Glück und Erfolg. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Gute Nachrichten gibt es auch wieder einmal von den FREIEN WÄHLERN. Wir gratulieren sehr herzlich Hu-

bert Aiwanger und seiner Frau Tanja zur Geburt des Sohnes Adrian. Viel Glück und Gottes Segen! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, bitte richten Sie unsere besten Grüße aus.

(Allgemeiner Beifall)

Tatsächlich haben Sie, Herr Ministerpräsident, in diesem Kontext heute eine richtige Wohlfühlrede gehalten. Sie sprachen von der Deutschland-Koalition, von der Handlungsfähigkeit der Großen Koalition. Sie haben sogar uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer wieder zum Applaus gezwungen, als Sie Sigmar Gabriel, Andrea Nahles oder Olaf Scholz gewürdigt haben. Sie sprachen von der guten Zusammenarbeit, von den gemeinsam erreichten Zielen, von Ihrem Staatsverständnis vom Föderalismus, von Ihrer Liebe zu Weiß-Blau und Ihrer Treue zu Schwarz-Rot-Gold. Eine wunderbare Wohlfühlrede!

Dennoch möchte ich es mir und Ihnen und auch aus Respekt vor der 1.170. Plenarsitzung von Frau Stamm nicht so leicht machen, indem ich diesen Wohlfühlkanon jetzt in jeglicher Hinsicht übernehme.

(Zuruf von der CSU: Schade!)

Ja, wir freuen uns, dass der Bund 9,5 Milliarden Euro jedes Jahr zur Entlastung der Länder trägt. Es ist ein gutes Zeichen für den Föderalismus, dass alle 16 Bundesländer künftig entlastet werden. Darüber können wir uns freuen. Die Solidarität zwischen den Bundesländern hat zuletzt funktioniert, insbesondere seit die Entsolidarisierung, ausgelöst durch die Klage des Freistaates Bayern, der CSU und Hessens, ein Stück weit zurückgefahren wurde, seit man wieder in Kontakt miteinander trat, seit man Gespräche führte, seit man gut kooperierte und am Ende so zusammenarbeitete, wie es Herr Seehofer heute in seiner Wohlfühlrede im Bayerischen Landtag dargestellt hat.

Dennoch lohnt sich auch ein ganz akkurater Blick auf die Entwicklungen, erstens weil es um Zahlen geht, und zweitens weil Herr Seehofer schon zum zweiten Mal in seinem Leben einem Länderfinanzausgleich zustimmt und ihn beschließt. Im Sommer 2001 hatte der Bundestagsabgeordnete Horst Seehofer – übrigens auch Frau Aigner, Frau Hasselfeldt, Peter Ramsauer und andere CSU-Abgeordnete – dem jetzt noch aktuellen Länderfinanzausgleich zugestimmt, einem Gesetz, von dem er später behauptete, es sei bayernfeindlich und verfassungswidrig und gereiche zum Nachteil des Freistaats, zum Nachteil des bayerischen Steuerzahlers, zum Nachteil der in Bayern lebenden Menschen und zum Nachteil unserer Heimat. Deshalb: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste! Wenn jemand Gesetze beschließt, um sie kurz darauf infrage zu stellen und zu bekämpfen, dann ist eine ge-

wisse Grundskepsis angebracht, wenn er zum gleichen Thema eine neuerliche Einschätzung abgibt.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich stellt sich heute die Frage, ob sich im Bayerischen Landtag die Geschichte wiederholt. Der damalige CSU-Vorsitzende und Ministerpräsident Edmund Stoiber hat den Länderfinanzausgleich im Jahr 2001 ausgehandelt und ihn in einer im Landtag anberaumten Regierungserklärung als wegweisend für den Föderalismus gefeiert.

(Hans Herold (CSU): Vor 15 Jahren!)

Dr. Stoiber feierte den von ihm maßgeblich ausgehandelten Länderfinanzausgleich als bedeutsam für den Föderalismus. Ähnliche Worte haben wir heute von Herrn Seehofer gehört. Stoiber sprach damals von einem guten Datum für Bayern und für Deutschland. Die Wortwahl von Herrn Stoiber war in vielen Teilen fast identisch mit der heutigen Rede von Herrn Seehofer. Stoiber sagte damals, er sei froh darüber, dass wichtige bayerische Positionen bei diesen Verhandlungen überzeugt und Eingang in die Ergebnisse gefunden hätten; die Arbeit und die Politik der Staatsregierung hätten sich als erfolgreich erwiesen; Bayern habe etwas bewegt und sei dort gelandet, wo es hinwollte. Wenige Jahre später polemisierte genau seine Partei gegen diesen Länderfinanzausgleich, den die CSU selbst beschlossen hatte, und bezeichnete ihn als verfassungsfeindlich und bayernfeindlich. Wiederholt sich hier heute Geschichte?

(Peter Winter (CSU): Das ist Vergangenheit!)

Zelebriert sich heute abermals ein CSU-Ministerpräsident für einen Länderfinanzausgleich, gegen den seine Nachfolger womöglich schon in wenigen Jahren wieder Front machen werden mit der Argumentation, er sei bayernschädlich; man müsse gegen diesen Länderfinanzausgleich in Karlsruhe klagen?

(Peter Winter (CSU): Wir müssen in die Zukunft schauen!)

Ich wage die Prognose, meine Damen und Herren, dass die großen Lettern der heutigen Ansprache schon in wenigen Jahren noch nicht einmal mehr im Kleingedruckten von CSU-Positionspapieren vorkommen werden. Keiner von Ihnen wird aus dieser Rede in fünf bis zehn Jahren mehr zitieren.

(Beifall bei der SPD)

Spätestens wenn der Länderfinanzausgleich – es gibt noch Mechanismen des Ausgleichs zwischen den Ländern – weitere schmerzhafteste Grenzen überschrei-

tet, werden sich die ersten CSU-Politiker nicht mehr daran erinnern, dass sie am 18. Oktober 2016 genau diesem Länderfinanzausgleich in großen, leuchtenden Buchstaben gehuldigt und ihn gelobt und gepriesen haben; denn eines steht schon heute fest: Die Zahlungen des Freistaates Bayern werden weiter anwachsen. Ja, für die Umsatzsteuerverteilung gelten neue Parameter, und mit dem linearen Tarif von 63 % ist die bisherige Dynamik im Länderfinanzausgleich auf zwei Drittel reduziert. Es wird nicht mehr so sein, dass sich die Zahlungen Bayerns innerhalb von sechs Jahren von zweieinhalb auf über fünf Milliarden verdoppeln.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Aber es gibt noch eine Dynamik. Diese Dynamik wird definitiv auch den Freistaat Bayern ab 2020 weiter belasten.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Wenn wir weiter so stark bleiben, können wir doch stolz sein! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Deshalb zahlen wir ja auch so gerne!)

Herr Ministerpräsident, es wäre überraschend, wenn Berlin innerhalb von fünf Jahren so dramatisch aufholen würde. Sie haben richtig geschildert, dass es da gewaltige Unterschiede gibt. Die will niemand infrage stellen, und es kann auch niemand ernsthaft erwarten, dass ein Bundesland diese Unterschiede innerhalb kürzester Zeit aufholt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Wenn wir weiter so stark bleiben, ist das doch etwas Gutes für uns!)

– Wenn Sie das heute so sehen, ist das in Ordnung. Ich wäre überrascht gewesen, wenn Sie vor zwei oder drei Jahren, als Sie in bayerischen Bierzelten den Länderfinanzausgleich polemisiert hatten, einmal vor das Publikum getreten wären und gesagt hätten, Sie seien stolz darauf, dass wir so stark sind, und deshalb zahlen wir auch gern.

(Beifall bei der SPD)

Das sind ganz neue Töne von der CSU und von Horst Seehofer.

(Beifall bei der SPD)

Dass die Einsparungen für Bayern, gemessen an den Ankündigungen, vergleichsweise bescheiden und überschaubar sind, ergibt sich aus den nüchternen Zahlen. Zieht man heute eine erste Bilanz gegenüber dem alten System aus Umsatzsteuer, Vorwegausgleich und Länderfinanzausgleich, so stellt sich Bayern auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung um

1,35 Milliarden Euro besser. Das ist ein bescheidenes Glück des mathematischen Augenblicks, das man durchaus auch erfreut zur Kenntnis nehmen kann. Aber es ist natürlich – so viel Wasser muss ich nun doch in den Wein gießen – weit weniger als die von der Staatsregierung anfangs geforderte Halbierung der Zahlungen im Länderfinanzausgleich.

Sie haben heute Ihren Finanzminister auf Aufforderung von Herrn Halbleib noch einmal gedankt. Aber ich darf daran erinnern, dass Herr Söder noch im Jahre 2014 gesagt hat, wir werden einem neuen Länderfinanzausgleich nur zustimmen, wenn sich unser Beitrag halbiert.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das ist mitnichten der Fall, und das behauptet auch heute niemand mehr in Ihren Reihen.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

Schaut man sich das neue Ausgleichssystem zwischen den Ländern genauer an, stellt man fest, dass im Übrigen die gegenwärtigen Zahlerländer auch die zukünftigen und neuen Zahlerländer sind. Es war immer eine fundamentale Kritik in den Bierzelten, wo die CSU die Redner gestellt hat, dass es doch nicht solidarisch sein könne, wenn ausschließlich vier Länder für zwölf weitere Länder im Kern aufkämen und damit der Ausgleich finanziert werde. Das ändert sich nicht. Bayern bleibt mit riesigem Abstand Zahler Nummer eins und wird nach wie vor über die Hälfte der gesamten Ausgleichslasten zu tragen haben. Das gehört zu einer wahrheitsliebenden Regierungserklärung dazu.

(Beifall bei der SPD)

Es liegt erst ein Jahr zurück, da traten Herr Seehofer und Herr Söder in bayerischen Bierzelten vor die Öffentlichkeit mit der Feststellung, Bayern zahle mehr als die Hälfte, mehr als 50 % in den Länderfinanzausgleich ein. Sie sprachen heute von fast 57 %.

Schauen wir uns die Neuerungen an: Bayern soll nach der Umsatzsteuer 8,3 Milliarden Euro abgeben. Das entspricht tatsächlich nicht mehr 56,6 % wie heute, sondern 51,5 % des gesamten Ausgleichsvolumens zwischen den Ländern. Da hat Herr Seehofer etwas erreicht.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch gut so!)

– Das will auch niemand in Zweifel ziehen. Der Freistaat Bayern zahlt nicht mehr 56,6 % in den Ausgleich für die anderen Länder, sondern nur noch 51,5 % im Jahre 2020. Das Volumen wird, wie der Herr Ministerpräsident selbst sagte, in den Jahren 2021, 2022,

2023 und folgende weiter anwachsen. Werden Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dann noch so sprechen wie Herr Seehofer heute? Oder werden sich dann die ersten Kollegen in Ihren Reihen entsolidarisieren? – Fazit: Der Freistaat Bayern bleibt mit großem Abstand Zahler Nummer eins.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Weil wir die Stärksten sind!)

Erfreulich ist – das möchte ich gerne hinzufügen –: Alle Bundesländer werden gegenüber dem heutigen Status quo entlastet. Die Länder haben sich zusammengerauft und gut zusammengearbeitet und damit dem Bund vieles abgetrotzt. Aber wie sieht denn die Entlastung der Länder im Detail aus? Sie haben über Jahre hinweg in diesem Hohen Haus davon gesprochen, dass der Freistaat Bayern, weil er die größte Summe trägt, die stärkste Entlastung haben müsste. Weil wir mit Abstand am meisten in den Länderfinanzausgleich eingezahlt hätten, müssten wir logischerweise auch am stärksten entlastet werden. Im Übrigen bauten Sie darauf auch Ihre Klage in Karlsruhe auf.

Schauen wir uns einmal genau an, meine Damen und Herren, wie die Länder nun pro Kopf und pro Bundesland konkret entlastet werden: Bayern als weiterhin stärkstes Zahlerland soll ab 2020 pro Kopf mit 106 Euro entlastet werden. Das ist in Ordnung. 106 Euro, das ist ein Wort. Darüber wollen wir nicht hinwegsehen. Aber das ist exakt der Durchschnitt aller Bundesländer; nicht ein Euro mehr, auch nicht ein Euro weniger.

Berlin, das in zahlreichen Bierzeltreden so ein bisschen als Zerrbild erhalten musste, auch mit dem Argument, dass ausgerechnet die Berliner mit ihrem Flughafen bayerische Steuergelder abgreifen, hat eine deutlich höhere Entlastung von 142 Euro pro Kopf zu erwarten. In Sachsen sind es 189 Euro pro Kopf, in Sachsen-Anhalt 202 Euro, in Thüringen 219 Euro, in Mecklenburg-Vorpommern 229 Euro pro Kopf!

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das sind alles Ostländer!)

Herr Ministerpräsident, nichts für ungut. Wenn der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow von der Linkspartei in dieser Woche vor sein thüringisches Parlament tritt und sagt, ich habe zwar aus Thüringen heraus niemals mit einer Klage in Karlsruhe gedroht, aber als Ministerpräsident und Mitglied der Linkspartei habe ich mehr als doppelt so viel Entlastung für unser Land herausgeholt wie Herr Seehofer, dann hat er recht. Das gehört zur Gesamtdarstellung auch dazu,

Herr Ministerpräsident; das sollten Sie dem Hohen Hause nicht verschweigen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen es im Übrigen durchaus kritisch, dass die Zahlungen künftig nicht mehr wie beim gegenwärtigen Finanzausgleich im Staatshaushalt ausgewiesen werden sollen, wie es auch beim gegenwärtigen Umsatzsteuervorwegausgleich nicht der Fall ist. Das heißt, es wird im Staatshaushalt nicht nachzuprüfen sein, wie sich die Zahlungen Bayerns in den Jahren 2020 ff. entwickeln werden. Dabei wäre das dringend geboten, wenn man das weiß, was ich eben dargestellt habe, dass nämlich Bayern nach dem neuen System gegen eine Dynamik der Zahlungen nicht abgesichert ist, wodurch die bayerischen Verluste bei der Umsatzsteuer deutlich ansteigen werden und Bayern seine Position als Nettozahler Jahr für Jahr ausbauen wird.

Zur Gesamtbewertung gehört auch, dass die Bundesländer weitere Kompetenzen an den Bund abgeben werden. Bei der Verantwortung für den Autobahnausbau kann man das kritisch diskutieren. Wir werden das hier im Bayerischen Landtag auch tun. Da sind noch viele Punkte offen.

Stürmisch begrüßen wir, dass der Bund künftig die Gemeinden direkt unterstützen darf, beispielsweise bei der Sanierung von Schulen. Das verbietet das Grundgesetz bisher. Das Kooperationsverbot, an dem zuletzt nur noch die CSU in Bayern über viele Jahre hinweg festgehalten hat, war ein politischer Fehler. Nun kann es aufgebrochen werden. Damit kann gezielt in schulische Bildung investiert werden. Die Länder bleiben verantwortlich für schulische Inhalte, aber Bund, Länder und Kommunen können nun bei der Finanzierung an einem Strang ziehen. Das ist ein echter Durchbruch, den wir als SPD begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich geht unser ernst gemeinter Dank an Sie, Herr Ministerpräsident, und an die Bayerische Staatsregierung, dass Sie dieses Thema abgeräumt haben und bereit waren, sich von dieser Position zu verabschieden.

Sie sprachen den schuldenfreien Haushalt bis zum Jahr 2030 an und waren sich dabei bombensicher; er werde kommen. Ich bin sehr gespannt, Herr Ministerpräsident; denn bis 2018 sind die Ausgabenpfade der Staatsregierung bereits festgelegt. Wenn der Freistaat Bayern dieses Ziel bis 2030 erreichen will, dann müssen Sie jedes Jahr im Jahresschnitt 2,3 Milliarden Euro tilgen. Das ist fast fünfmal so viel wie jeweils in 2017 und 2018. Ich habe den Eindruck, davon sind Sie gegenwärtig sehr weit entfernt. Selbst wenn Sie

die 1,35 Milliarden Euro aus dem Länderfinanzausgleich mit einbezogen, würden Sie das Ziel immer noch nicht erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte zum Abschluss meiner Einlassungen noch eine ganz andere Frage aufwerfen, Herr Ministerpräsident; auch das gehört hierher, ins Hohe Haus. Sie haben einer Tageszeitung gegenüber verkündet, dass Sie ab 2017 kürzer treten und eines Ihrer Ämter abgeben wollen. Möglicherweise werden Sie dann für vieles von dem, worüber wir heute diskutieren, gar nicht mehr zuständig sein. Sie kündigten an, das Amt als Parteichef der CSU – das geht uns nichts an – oder das des Ministerpräsidenten abzugeben. Und da wird es dann schon spannend.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das habe ich nicht gesagt!)

– Natürlich haben Sie es so gesagt; Sie haben es ja auch nicht dementiert.

Nun nehmen wir mit Interesse zur Kenntnis, dass die CSU einen – so nennen Sie es – fähigen Libero in Berlin benötigt, was nichts anderes heißt, als dass Frau Hasselfeldt und Herr Dobrindt – letzterer ist immerhin schon mal Ihr General gewesen – keinen ganz so guten Job machen und ihre Libero-Funktion offenbar nicht ausfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Ihre parteipolitischen, innerparteilichen Spielchen und Machtkämpfchen mit Herrn Söder und anderen sollen heute aber gar nicht das Thema sein. Sie haben jedoch angekündigt, gegebenenfalls Ihr Amt als Ministerpräsident aufzugeben, damit sich die CSU in Berlin parteipolitisch besser aufstellt. Wenn Sie hier schon Rechenschaft ablegen wollen, sind Sie dem Hohen Hause meiner Meinung nach dann auch die Antworten auf folgende Fragen schuldig:

Was hat Sie dazu bewogen, Ihr Amt als Ministerpräsident zur Disposition zu stellen? Wenn Sie schon im kommenden Jahr – 2017 liegt ja gewissermaßen vor der Haustür – tatsächlich als Ministerpräsident zurücktreten wollen und dieses Amt zur Disposition stellen, welche der von Ihnen gegebenen Versprechen für Bayern werden noch umgesetzt? Welche Projekte werden auf die lange Bank geschoben und in dieser Legislaturperiode eben nicht mehr umgesetzt? Wird hier gerade ein Wortbruch vorbereitet? – Der Ministerpräsident hat seinerzeit gesagt, er bleibe bis 2018 im Amt; wenn überhaupt, könne man gegebenenfalls aus gesundheitlichen Gründen vorher zurücktreten, aber

doch nicht, um der eigenen Partei einen Wettbewerbsvorteil in Berlin zu verschaffen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Wir hätten Ihre Regierungserklärung vor zwei Wochen möglicherweise mit weniger Nachsicht bewertet, wenn wir gehnt hätten, dass Sie bereits auf dem Absprung sind.

(Thomas Kreuzer (CSU): Nachsicht!)

Wir haben hier einen Ministerpräsidenten auf Abruf, dessen Gedanken sich mit einem Comeback in Berlin befassen, womöglich als heimlicher Oppositionsführer der kleinsten Partei in einem Sieben-Parteien-Parlament. Darum geht es doch; das hat Herr Seehofer der Presse verkündet.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, es hätte hier und heute zum Respekt gegenüber dem Hohen Haus gehört, nicht nur die Medien mit Material zu füttern und so Schlagzeilen zu machen, sondern auch dem Parlament Rechenschaft darüber abzulegen, dass Sie womöglich vorzeitig als Ministerpräsident zurücktreten werden, vielleicht schon in wenigen Monaten. Diese Chance haben Sie heute verpasst.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Kollege Thomas Kreuzer, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Thomas Kreuzer (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein lieber Herr Rinderspacher, wir alle wissen, dass Sie und Ihre Fraktion bei diesem Thema noch nie echten bayerischen Patriotismus gezeigt haben.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Sie waren immer hin- und hergerissen, ob Sie uns in dem Bemühen unterstützen, die Situation für Bayern und die Menschen hier zu verbessern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Wir haben Anträge gestellt; die haben Sie abgelehnt!)

– Ach, Herr Halbleib, noch keine drei Sätze und schon die ersten Zwischenrufe. Sie sind zu Recht nervös, Herr Halbleib.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))